

Forum Gesundheit 2013 – Patienten und Ärzte vor der Wahl!?

Beim „Forum Gesundheit 2013“ der Kreisstelle Mülheim diskutierten gesundheitspolitische Expertinnen und Experten des Deutschen Bundestages mit Ärzten und Bürgern über Zukunftsfragen des Gesundheitswesens.

von Horst Schumacher

Im Bundestagswahljahr hatte sich die Kreisstelle Mülheim der Ärztekammer Nordrhein entschlossen, neben Ärztinnen und Ärzten auch Bürgerinnen und Bürger zu ihrem „Forum Gesundheit“ einzuladen – auch sie sollten sich ein Bild machen können von den programmatischen Vorstellungen der Parteien zur Gesundheitspolitik nach der Bundestagswahl. Rund 150 Teilnehmer begrüßte der Vorsitzende der Kreisstelle Mülheim, Uwe Brock, in der Heinrich-Thöne-Volkshochschule: „Nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger zeigen durch ihre Anwesenheit, wie sehr die gesundheitliche Versorgung in unser aller Fokus steht.“

Therapiefreiheit in Gefahr

Auch in der laufenden Wahlperiode stehen noch spannende gesundheitspolitische Fragen an, wie der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Rudolf Henke, in seiner Begrüßung sagte. So sei es eine wesentliche Aufgabe, die ärztliche Therapiefreiheit zu erhalten, die kein Privileg der Ärztinnen und Ärzte sei, sondern ein Schutzinstrument für die Belange der Patienten. Die fachliche ärztliche Entscheidung dürfe nicht durch finanzielle Anreize manipuliert werden.

Mit konträren Auffassungen zum Krankenversicherungssystem der Zukunft gehen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf der einen und Union und FDP auf der anderen Seite in die Bundestagswahl. Ihre Partei wolle gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und Private Krankenversicherung (PKV) zusammenführen, erläuterte Bärbel Bas (SPD), Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages.

Bisher existiere ein „verkorrekter Wettbewerb“ zwischen den Systemen, welcher der



Beim „Forum Gesundheit 2013“ in der Mülheimer Volkshochschule (v. l. n. r.): Moderator Andreas Heinrich, Westdeutsche Allgemeine Zeitung; Renate aus der Beek, Bürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr; Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Ulrike Flach (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit; Maria Klein-Schmeinck (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit; Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein; Bärbel Bas (SPD), Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit; Uwe Brock, Vorsitzender der Kreisstelle Mülheim und Vorstandsmitglied der Ärztekammer Nordrhein. Foto: Köbring

PKV Risikoselektion ermögliche und zu Ungerechtigkeiten führe. Die Gebührenordnungen – Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM) und Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) – sollen nach Auffassung der SPD vereinheitlicht werden. Nach dieser Honorarreform werde das Niveau der ärztlichen Vergütung über dem derzeitigen EBM-Niveau, jedoch unter dem GOÄ-Niveau liegen. Im Rahmen dieser Reform solle auch das Problem der unterschiedlichen Honorierung der Vertragsärzte in den verschiedenen KV-Bezirken gelöst werden, sagte Maria Klein-Schmeinck (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Bundestags-Gesundheitsausschusses und Sprecherin ihrer Fraktion für Prävention und Patientenrechte.

Flach für duales System

Allein schon aus Verfassungsgründen würde die Einführung einer Bürgerversicherung schwierig werden, sagte Ulrike Flach (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit. „Es gibt keinen Grund, das bewährte duale

System zu beenden“, sagte Flach. Sie kritisierte, das SPD-System erfordere in großem Umfang zusätzliche Steuermittel: „Der Finanzminister, der das in Zukunft genehmigen wird, ist noch nicht geboren.“

Probleme mit der PKV räumte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, durchaus ein. Insbesondere „Mini-Selbständige“ und Pensionäre kämen vielfach in Not, die Beiträge für die private Krankenversicherung aufzubringen, aber: „Eine Neiddebatte ist Humbug. Die Abschaffung der PKV löst die Probleme nicht.“ Die Schwierigkeiten von GKV und PKV müssten jeweils innerhalb der beiden Systeme gelöst werden.

Patentrezepte gegen den Ärztemangel, insbesondere den Hausärztemangel in ländlichen Gebieten und in peripheren Stadtteilen, konnten auch die Parteienvertreter nicht bieten. Bärbel Bas gab sich entschlossen, die hausärztliche Versorgung zu stärken: „Die Primärversorgung muss für alle erreichbar sein.“ In der fachärztlichen Versorgung hält sie künftig weitere Wege und eine Konzentration in Zentren für wahrscheinlich. Jens Spahn und Ulrike Flach verwiesen auf das Versorgungsstrukturgesetz, das beispielsweise Honorarzuschläge in unterversorgten Gebieten ermöglicht und die Residenzpflicht aufgehoben hat. Flach will in Verhandlungen mit den Bundesländern auch auf mehr Medizinstudienplätze hinwirken. Außerdem muss nach ihren Worten der Beruf familienfreundlicher werden.

Jedenfalls im Ruhrgebiet wird auch die neue, kleinräumigere Bedarfsplanung nicht gegen den Ärztemangel zum Tragen kommen – sind doch die Ruhrgebietsstädte aus dieser Planung bisher schlicht ausgeklammert. Maria Klein-Schmeinck zeigte sich darüber „sehr enttäuscht“ und hofft, dass dies durch die Regionalplanung korrigiert werden wird.